



Sessionsbericht

Nr. 6 / Herbst 2021

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Nik Gugger, ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35
Lilian Studer, AG lilian.studer@parl.ch 076 575 24 77
Marianne Streiff, BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Liebe Leserinnen und Leser

Wir leben in einer herausfordernden Zeit. Viele Familien sind von der Covid-19-Erkrankung betroffen, haben vielleicht auch geliebte Familienmitglieder verloren. Andere stehen wegen den einschneidenden Restriktionen im Zusammenhang mit der Covid-Bekämpfung unter starkem finanziellem Druck und können nicht mehr viel länger auf das Ende der Pandemie warten. Doch es gibt Licht am Ende des Tunnels. In den letzten Monaten gab es vielversprechende Entwicklungen. Die medizinischen Errungenschaften im Bereich der Covid-Impfung lassen die Erkrankungen sinken.

Gott hat uns alle zur Freiheit berufen. Mit Freiheit kommt auch Verantwortung. Wahre Freiheit heisst solidarisch sein, Rücksicht zu nehmen und sich aktiv um seine Mitmenschen zu kümmern. Aus diesem Grund haben wir uns impfen lassen und sind dankbar, dass der Impfstoff uns selbst, aber auch unsere Mitmenschen schützt. So können wir bald die Pandemie überwinden und uns auf eine aufblühende Zukunft konzentrieren. Uns ist aber auch bewusst, dass sich einige Menschen nicht impfen lassen können oder wollen. Aus diesem Grund haben wir dem Bundesrat drei Fragen gestellt zur Verlängerung der kostenlosen Covid-Tests – insbesondere für Studierende – sowie dem Schutz der Kinder vor Long Covid.

Für viele weitere Themen haben wir uns in der Herbstsession des Parlaments engagiert – sei es im Bereich der Menschenrechte, der Friedensförderung, oder für den Schutz unserer Kinder und Jugendlichen. Auf den nächsten Seiten möchten wir euch einen genaueren Einblick darüber verschaffen, wo wir überall Fortschritte erzielt haben.

Wir wünschen euch viel Vergnügen beim Lesen.

Nik, Lilian und Marianne



Die EVP-Nationalratsmitglieder:

Marianne Streiff, Nik Gugger und Lilian Studer.

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|---|
| Zertifikatspflicht auch im Bundeshaus | 2 |
| Fortschritt beim Tabakproduktegesetz | 2 |
| Förderung der Menschenrechte in China | 2 |
| Ein wichtiger Schritt für die Friedensförderung | 3 |
| Schengen-Aussengrenze | 4 |
| Kriegsmaterial-Exporte | 4 |
| Aufhebung der Industriezölle | 5 |
| Filmgesetz | 5 |
| Einheitliche Förderung von erneuerbaren Energien | 5 |
| Verkleinerung der Gewässerräume | 6 |
| Keine Lehrabbrüche bei negativem Asylentscheid | 6 |
| In dieser Session eingereichte Vorstösse | 7 |

Zertifikatspflicht auch im Bundeshaus

Die Ratsmitglieder sind zur Ausübung ihres Mandats gesetzlich zur Teilnahme an den Sitzungen der Räte und Kommissionen verpflichtet. Deshalb galt bisher noch keine Zertifikatspflicht für den Eintritt ins Bundeshaus. Und deshalb muss die Einführung einer solchen auch auf Gesetzesstufe geregelt sein. Wir unterstützten die Vorlage zur Einführung einer Zertifikatspflicht ins Bundeshaus. Die Bundesversammlung leistet damit einen weiteren Beitrag zur Pandemiebekämpfung und übernimmt auch eine gewisse Vorbildfunktion. In der Bevölkerung wurde überhaupt nicht verstanden, warum das bisher noch nicht der Fall war. Die Vorlage wurde wieder mit einer Ausnahmemöglichkeit versehen, was wir mit einer Minderheit bekämpfen wollten.

Hier geht's zum Votum von Marianne: [>>>>](#)

Fortschritt beim Tabakproduktegesetz

Mit dem neuen Tabakproduktegesetz wird versucht, den Tabakkonsum zu mindern. Dabei sollen insbesondere Zutaten verboten werden, die das Abhängigkeitspotential erhöhen.

Der Nationalrat war sich grundsätzlich einig darüber, dies umzusetzen. Nur die Feinheiten waren noch nicht geklärt. So gab es insgesamt sieben Abstimmungen über einzelne Absätze, die jedoch alle angenommen wurden. Einige knapper mit 96 zu 86 Stimmen bei 5 Enthaltungen, andere deutlicher mit 135 zu 53 Stimmen bei 1 Enthaltung. Das Resultat ist, dass Mentholzigaretten verboten werden sollen, E-Zigaretten jedoch in bestimmten Zonen spezialisierter Verkaufsgeschäfte zugänglich bleiben. Zudem soll die Verkaufsförderung für alle Tabakprodukte verboten werden, auch für diejenigen zum Schnupfen, Kauen oder anderweitig Einnehmen. Dies ist ein wichtiger Schritt, um unsere Kinder und Jugendliche vor der Tabakwerbung zu schützen. Die Kantone können dafür eigenständig strengere Werbe-, Sponsoring- und Verkaufsförderungsvorschriften erlassen.

Ist das ein Fortschritt? Definitiv. Doch aus unserer Sicht ist das Ziel noch immer nicht erreicht. Denn in der Presse und im Internet ist die Tabakwerbung noch nicht grundsätzlich verboten. Alle Internetseiten und Presseerzeugnisse, die nicht für Minderjährige bestimmt sind, dürfen weiter Tabakwerbung aufschalten. Dies ist nicht genug. In der Schlussabstimmung haben wir zurückhaltend zugestimmt, unterstützen aber weiterhin die Volksinitiative Kinder ohne Tabak.

Förderung der Menschenrechte in China

Mit der Motion «Förderung der Menschenrechte in China» wird der Bundesrat aufgefordert, die China-Strategie zu den Menschenrechten zu konkretisieren – ein wichtiger Schritt, um in dieser Hinsicht Druck auf den Bundesrat auszuüben. Viele Ratsmitglieder waren derselben Meinung. Die Motion wurde mit 106 zu 81 Stimmen bei 12 Enthaltungen angenom-

Multitasking: Herbstsession auch im Europarat



Während der Herbstsession in Bern tagt ebenfalls der Europarat in Strasbourg. Die Tagung fand hybrid statt, sodass Nik online teilnehmen konnte. Dabei gab es wichtige Themen, wie zum Beispiel die Richterwahlen.

Soziales Unternehmertum:



Der Bundesrat hat abweisend auf Niks Motion 21.3891 geantwortet, in der er eine Förderung von sozialem Unternehmertum verlangt. Die Firmen sollten einen Anreiz haben, auch das soziale, kulturelle und ökologische Wohl der Gesellschaft zu fördern. Der Bundesrat hat das leider nicht verstanden. Wir bleiben dran!

men. Konkret wird der Bundesrat aufgefordert, die universellen Menschenrechtsanliegen bei sämtlichen bilateralen Treffen auf allen Hierarchieebenen konsequent zu thematisieren. Zudem soll die Fachkompetenz im Bereich Menschenrechte der Schweizerischen Vertretung in China zusätzliche Unterstützung erhalten. Denn die Vertretung soll sich weiter engagieren, auf die Menschenrechte hinweisen und diese fördern. Insbesondere Schweizer Unternehmen, die in China tätig sind, müssen ein ausgebautes Beratungsangebot erhalten, wie sie die Menschenrechtskonformität wahren können. Wir hoffen, dass der Ständerat diesen Vorstoss ebenfalls annimmt.

Bezüglich der Thematik China gab es einen weiteren wichtigen Vorstoss: Das Postulat «Verbesserung der Beziehungen mit Taiwan» fordert den Bundesrat auf, einen Bericht abzugeben, in welchen Bereichen im Interesse von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur die Beziehungen zur Republik China (Taiwan) vertieft werden können. Der Bundesrat bestätigte, dass die Beziehungen mit Taiwan angesichts des grossen Handelsvolumens sowie des regen wissenschaftlichen und kulturellen Austausches für die Schweiz wichtig sind. Da diese Beziehungen zu Taiwan bereits gut sind, riet der Bundesrat zur Ablehnung dieses Vorstosses. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Beziehungen weiter ausgebaut und gefestigt werden müssen. Fast alle Ratsmitglieder waren ebenfalls unserer Meinung und stimmten mit 129 zu 43 bei 5 Enthaltungen für diesen Vorstoss.

Ein wichtiger Schritt für die Friedensförderung

Wir freuen uns sehr darüber, dass wir den Frieden in der Schweiz und der restlichen Welt fördern konnten. Die Debatten gingen bereits ein Jahr, doch nun wurde das Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte mit 135 zu 54 Stimmen angenommen.

Ein Pilotprojekt dazu wurde schon 2011 lanciert: das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR). Da die Evaluation dieses Projektes zeigte, dass es einen Nutzen und eine Nachfrage nach Leistungen einer solchen Institution gibt, wird nun eine ordentliche Organisation geschaffen. Diese soll helfen, die Menschenrechte, die in der Bundesverfassung verankert sind, in der Praxis sicherzustellen. Auch Aussenminister Cassis ist darüber erfreut und bekräftigt, dass es mit Hilfe einer nationalen Institution einfacher wird, von anderen Staaten die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern. Dadurch werden der Frieden und die Menschenrechte nicht nur in der Schweiz, sondern auch international gefördert.

Eine Nachfrage dafür besteht beispielsweise bei der Umsetzung der Rechte von Kindern, von Menschen mit Behinderung, von Menschen der LGBT-Community sowie von religiös oder ethnisch verfolgten Menschen. Ein Diskussionspunkt war, wie viel finanzielle Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden müssen. Das Pilotprojekt erhielt bisher eine Million Fran-

Gentechnikgesetz:



Die meisten Schweizerinnen und Schweizer erachten gentechnisch veränderte Lebensmittel als eine Gefahr. Deshalb haben wir im Nationalrat unter anderem über ein Moratorium gewisser Gentechniken diskutiert und dies verlängert.

Women-Empowerment:



Nik konnte als Präsident der Schweiz-Indischen Parlamentsgruppe die Indische Aussenministerin Meenakshi Lekhi für einen Business Lunch begrüßen. 12 Nationalrätinnen und eine Ständerätin folgten der Einladung, welche nur für Frauen galt. Es wurde intensiv das Thema «woman empowerment» diskutiert. Dabei konnte Nik der Aussenministerin das Buch der Fraktionsmitarbeiterin der Mitte, Rosalyne Reber, überreichen.

ken Zuschüsse vom Bund. Ob dies weiterhin ausreicht, ist fraglich. Konkret soll die neue Institution zu Friedensbewegungen und Menschenrechte forschen, informieren, dokumentieren und beraten.

Hier geht's zum Votum von Nik: [>>>>](#)

Schengen-Aussengrenze

Die Agentur für die Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex soll ein stärkeres Mandat erhalten, um gemeinsam mit den nationalen Behörden die Schengen-Aussengrenzen besser zu schützen. Das hat der Rat mit 108 zu 75 Stimmen so beschlossen. Es geht in der Vorlage um mehr Personal, das je nach Bedarf eingesetzt werden könnte, und um höhere finanzielle Beiträge. Seit 2019 stellt die Schweiz vierzig Grenzschutzexpertinnen und -experten zur Verfügung. In diesem Jahr zahlt die Schweiz 24 Millionen Franken pro Jahr, im Jahr 2027 werden es 61 Million Franken sein. Die Vorlage war von der Ratslinken bestritten, weil dadurch nur Geld in Repression investiert würde. Wir sind aber überzeugt, dass Frontex eine wichtige Aufgabe erfüllt und haben die Vorlage deshalb unterstützt. Eine Minderheit, die verlangte, in den Jahren 2022 und 2023 im Rahmen eines Resettlements 4'000 Flüchtlinge aufzunehmen und die Zahl von 4'000 Flüchtlingen pro Zweijahresperiode auch in den Folgejahren nicht zu unterschreiten hatte trotz unserer Stimmen keine Chance, weil die Forderung in dieser Vorlage artenfremd sei.

Kriegsmaterial-Exporte

Die Allianz gegen Kriegsmaterialexporte, in deren CO-Präsidium sich Marianne engagiert, kann die Initiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer» (Korrekturinitiative) zurückziehen. Der indirekte Gegenvorschlag kam mit griffiger Formulierung zu Stande. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates wollte die gute Vorlage des Ständerates mit einer Ausnahmeregelung für den Bundesrat verwässern. Mit dieser Ausnahmeklausel wären auch Waffenexporte in Länder wie die Ukraine oder die Türkei wieder möglich gewesen. Der Nationalrat hat mit unserer Unterstützung mit 96 zu 91 Stimmen bei 6 Enthaltungen diese Ausnahme gestrichen. Der knappe Entscheid zeigt einmal mehr, dass es auf jede Stimme ankommt. Hätten z.B. wir drei EVP-Ratsmitglieder anders gestimmt, wäre das Resultat 93 zu 94 Stimmen in die andere Richtung gekippt. Marianne hat in ihrem Votum betont, dass Gewinnmaximierung und Offsetgeschäfte nicht wichtiger sein dürfen als ethisches Handeln und unsere humanitäre Tradition. Wir freuen uns sehr, dass eine Mehrheit des Rates das auch so sieht. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 111 zu 85 Stimmen angenommen.

Hier geht's zum Votum von Marianne: [>>>>](#)



Das Buch «The 2020's Guide to Women's Leadership in the Public Sector» stellt einen Beitrag zur Thematik der Gleichstellung sowie der Sichtbarkeit von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor dar. Es setzt sich mit der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung, Regierung und Gesellschaft auseinander. Es ist ein strategisches Handbuch mit konkreten Empfehlungen, um aufzuzeigen, wie eine egalitäre und inklusive Gesellschaft ganzheitlich, im Sinne der Ziele der Agenda 2030 der UNO, vorangetrieben werden kann. Es soll besonders auf das wirtschaftliche Potenzial von jungen Frauen aufmerksam machen. Dieses Buch ist lösungsorientiert, zukunftsgerichtet, motivierend und soll einen organisationalen Wandel auslösen.

Hier der Link zum Buch: [>>>>](#)

Aufhebung der Industriezölle

In einem zweiten Anlauf hat der Nationalrat nun auch zugestimmt und ist dem Ständerat gefolgt, die Industriezölle in der Schweiz abzuschaffen. Dies aber ohne die Unterstützung der EVP-Mitglieder. Der Bundesrat möchte mit der Aufhebung der Industriezölle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern und die Konsumentinnen und Konsumenten entlasten. Der administrative Aufwand sei gross, wurde insbesondere ins Feld geführt, auch wenn die Industriezölle eher gering sind. Mit ihrer Abschaffung würde die Wirtschaft gestärkt und der Hochpreisinsel Schweiz entgegengewirkt. Das Problem sind die fehlenden Einnahmen ohne Gegenfinanzierung von ca. 550 Millionen Franken jährlich. Zudem wird die Massnahme nur einseitig, also seitens Schweiz, umgesetzt. Gut möglich, dass die Schweiz bei dieser einseitigen Abschaffung der Zölle einen Trumpf bei der Verhandlung neuer Freihandelsabkommen verlieren wird.

Nach dem Eintreten gab es zu reden, ob die Abschaffung der Zölle mit Rücksicht auf die Bundesfinanzen gestaffelt erfolgen sollte. Wir EVP-Nationalräte stimmten diesem Vorgehen zu. Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wurde dieser Antrag aber abgelehnt. Der Nationalrat verabschiedete die Vorlage mit 106 zu 75 Stimmen bei 15 Enthaltungen.

Filmgesetz

Als einen Krimi würde man als Beteiligte die Diskussion rund um das Filmgesetz beschreiben. Streaming-Anbieter wie Netflix, Amazon oder Disney müssen nun künftig 4 Prozent ihres Schweizer Umsatzes in Schweizer Filmproduktionen investieren. Dies sah nach der ersten Beratung im Nationalrat aber noch anders aus. Da stimmte der Rat noch für eine 1-prozentige Investition. Um was geht es. Lilian erklärte es im Rat für die Fraktion folgendermassen: «Nicht nur die jüngere Generation konsumiert heute besonders Filme von Anbietern wie Disneyplus, Sky Show oder Amazon Prime. Bei dieser Entwicklung muss uns bewusst sein, dass damit der Schweizer Film unter Druck gerät. Bisher haben die grossen Abonnement- und Abrufdienste keine Investitionen in Schweizer Filme getätigt. Diese sollen nun aber in die Pflicht genommen werden, wie heute schon die schweizerischen TV-Stationen in die Pflicht genommen werden. Einen ähnlichen Weg wie die Schweiz schlagen auch verschiedene Europäische Länder ein, um ihre Filmindustrie zu schützen.»

Hier geht's zum Votum von Lilian: [>>>>](#)

Einheitliche Förderung von erneuerbaren Energien

Im Rahmen einer parlamentarischen Initiative haben National- und Ständerat in der Herbstsession die künftige Förderung der erneuerbaren Energien weiterberaten. Weil das Förderinstrument der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) auf Ende 2022 befristet ist, drohte in den damit geförderten Bereichen Wasserkraft, Windkraft, grosse PV-Anlagen, Geothermie und Biogasanlagen ab 2023 ein Förderstopp. Um dies zu ver-

Die besten Brückenbauer:



Mit Platz 1 für Nik und Platz 2 für Marianne gehört die EVP laut Schweizer Medien zu den grössten Brückenbauern im Nationalrat. Hier ein Presseartikel dazu: [>>>>](#)

Wir erhalten am meisten Unterstützung sowohl von links und rechts und sind bemüht die beiden Seiten zusammenzubringen. Gerade in der Covid-Krise ist es umso wichtiger, die beiden politischen Lager zusammenzuhalten und gemeinsam eine wünschenswerte Zukunft zu schaffen.

hindern, sollen die betroffenen Erzeugungstechnologien bis 2030 mit einmaligen Investitionsbeiträgen gefördert werden. Konkret schlug die vorberatende Nationalratskommission vor, die Investitionsbeiträge für neue Anlagen generell auf maximal 60 Prozent der Investitionskosten festzulegen. Für grosse PV-Anlagen ist vorgesehen, den Investitionsbeitrag mittels Auktionen vergeben zu können. Überdies sollen Betreiber von Biogasanlagen angesichts hoher laufender Kosten zusätzlich einen Betriebskostenbeitrag beantragen können. Hinsichtlich Finanzierung der Massnahmen ist vorgesehen, den bestehenden Netzzuschlag von 2.3 Rp./kWh unverändert weiterzuführen.

Obwohl sich das Parlament dagegen aussprach, die Förderung der Kleinwasserkraft an höhere ökologische Auflagen zu knüpfen und den Fokus verstärkt auf die förderereffizientere Photovoltaik zu legen, darf die parlamentarische Initiative aus Sicht der Umwelt als Erfolg angesehen werden: Unter Mithilfe der drei EVP-Nationalräte konnte eine Förderlücke im Bereich der erneuerbaren Energien abgewendet werden. Der benötigte Ausbau von erneuerbaren Produktionstechnologien kann dadurch beschleunigt und die Energiewende weg von fossilen und nuklearen hin zu erneuerbaren Quellen forciert werden.

Verkleinerung der Gewässerräume

Am zweitletzten Tag der Herbstsession beriet der Nationalrat einen Vorstoss, der eine Verkleinerung der Gewässerräume zugunsten der landwirtschaftlichen Produktionsflächen ermöglichen wollte. Obwohl die Schaffung von Gewässerräumen ein zentrales Element des Gegenvorschlags zur zurückgezogenen Volksinitiative «Lebendiges Wasser» gewesen war, sich die für die Umsetzung zuständigen Kantone vehement gegen das Vorhaben ausgesprochen hatten und bereits zahlreiche Ausnahmen zugunsten der Landwirtschaft bestehen, hatte der Ständerat in der Frühlingssession 2021 dem Vorstoss zugestimmt. Unter der Mithilfe der drei EVP-Vertreter wurde das Vorhaben im Nationalrat jedoch gestoppt und mit 100 zu 84 Stimmen abgelehnt. Damit konnten eine drastische Schwächung des Gewässerschutzes zugunsten kleinster Flächen Gewinne für die Landwirtschaft, jahrelange Rechtsunsicherheit in der Umsetzung und ein demokratiepolitisch äusserst fragwürdiges Vorgehen durch die Rückabwicklung eines einstigen Gegenvorschlags verhindert werden.

Keine Lehrabbrüche bei negativem Asylentscheid

Der Bundesrat soll die rechtlichen Grundlagen so anpassen, dass Lernende, die einen negativen Asylentscheid erhalten, ihre bereits begonnene Lehre beenden können. Mit unserer Unterstützung hat der Nationalrat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Insbesondere in Fällen, wo eine Rückübernahme in den Herkunftsstaat nicht möglich und die Person gut integriert ist, soll es künftig ausreichen, dass der Arbeitgeber ein Gesuch stellt und die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten sind. Ein Schritt in die richtige Richtung, welcher uns sehr freut. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Längere Gerätelebensdauer durch längere Garantiefristen



Ärgern Sie sich auch, dass viele Geräte kurz nach Ablauf der zweijährigen Garantiefrist nicht mehr funktionieren? Marianne forderte in ihrer Motion, dass die vorgeschriebene Garantiezeit und Gewährleistung für Geräte auf 5 Jahre erhöht wird, wie das einige Länder bereits kennen. Längere Gewährleistungsfristen erhöhen den Druck auf die Wirtschaft, wirklich Qualität zu produzieren. Dies käme unserer Umwelt und den Konsumentinnen und Konsumenten zugute. Die Mehrheit des Rates konnte dieses Anliegen zu unserer Freude unterstützen und die Motion wurde mit 100:87 Stimmen angenommen.

Link Votum Marianne: [>>>>](#)

In dieser Session eingereichte Vorstösse

Nik Gugger

Frage: Zusammenschluss bei digitalen Plattformen

Frage: Einsetzung Künstlicher Intelligenz bei Kartellen

Frage: Gratis Covid19 Tests sind für die Bürger*innen zu verlängern

Frage: Seit Jahren beklagt der Bundesrat das Insektensterben, ergreift aber keine ausreichenden Schutz- und Fördermassnahmen.
Worauf wartet er?

Interpellation: Insektensterben – wie viel Zeit bleibt für das Ergreifen von ambitionierten Schutz- und Fördermassnahmen, über alle relevanten Politikbereiche hinweg?

Interpellation: Cyberabwehr bündeln

Motion: Befreiung von erneuerbaren Gasen von der CO₂-Abgabe

[Hier geht's zu den Vorstössen von Nik: >>>>](#)

Lilian Studer

Frage: Aufenthaltsdauer auf einer Palliativstation

Frage: Testkosten Studierende und Auszubildende

Frage: Umsetzung der Evaluationsempfehlungen für polydisziplinäre IV-Gutachten: Stand der Dinge

Interpellation: Förderung der Freiwilligenarbeit

Interpellation: Vereinbarkeit von Dienstpflicht und Familie

[Hier geht's zu den Vorstössen von Lilian: >>>>](#)

Marianne Streiff

Frage: Positive Nebeneffekte der Schweizer Klimafinanzierung für die Biodiversität - wie sieht das im Inland aus?

Frage: Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Long-Covid

Frage: Nationale Aktionspläne gegen Menschenhandel

Interpellation: Schutz der religiösen und ethnischen Minderheiten in Sri Lanka

[Link Vorstösse von Marianne: >>>>](#)

Impressum:

Verfasst und gestaltet von:

Nik Gugger

Lilian Studer

Marianne Streiff

Versand:

Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

